

AntragstellerIn:

Antonia Strecke, David Werdermann, Helena Pantelidis, Pavlos Konstantinidis

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,
folgende Stellungnahme zu veröffentlichen.

OXI zu Schäuble

Der Studierendenrat der Universität Freiburg fordert die Abberufung von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble aus dem Kuratorium der Neuen Universitätsstiftung Freiburg.

In den Verhandlungen um ein neues Hilfspaket für Griechenland hat Wolfgang Schäuble endgültig seine antidemokratische, unsolidarische und nationalistische Gesinnung unter Beweis gestellt. Das macht ihn als Kurator der Universitätsstiftung untragbar.

Am 7. Juli haben die Griechinnen und Griechen eine mutige Entscheidung getroffen: Trotz medialer Hetze und angedrohtem Euro-Rauswurf haben sie laut und deutlich OXI gesagt. OXI zur Fortsetzung der mörderischen Sparauflagen, OXI zu weiterer Verarmung und Verelendung, OXI zur vollständigen Aushöhlung der Demokratie durch die europäischen Eliten. Dieses Aufbegehren wurde durch einen deutschen Staatsstreich vorerst beendet. Führende Kraft dabei: Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, Mitglied im Kuratorium der Neuen Universitätsstiftung Freiburg.

Schäuble ging es nicht um das „Geld der Steuerzahler“. Ihm ging es allein darum, eine demokratisch gewählte linke Regierung zu stürzen, bzw. sie vollständig zu unterwerfen. Griechenland durfte kein Beispiel dafür werden, dass eine Politik jenseits von Austerität und Neoliberalismus möglich ist.

Wir stellen uns an die Seite derer, die für ein solidarisches und demokratisches Europa kämpfen, und fordern dies auch von der Universität und ihrer Stiftung ein.

In § 2 Abs. 1 der Stiftungssatzung heißt es: „Zweck der Stiftung ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung sowie Völkerverständigung an der Albert-

Ludwigs-Universität Freiburg.“ Nach § 6 Abs. 3 sollen die Mitglieder des Kuratoriums die Ziele der Stiftung in besonderer Weise unterstützen.

Wolfgang Schäuble hat mit seiner kompromisslosen Haltung alles andere getan, als zur Völkerverständigung beizutragen. Indem er mit Unterstützung von Europas Rechtspopulist*innen (von BILD bis zu den „Wahren Finnen“) Griechenland einen mörderischen Sparkurs verordnet, treibt er nicht nur Verarmung und Verelendung voran, sondern gefährdet auch die europäische Integration. Was sollen griechische Erasmusstudierende denken, deren Familien in Griechenland neuerdings von Suppenküchen leben [1] und sich keine medizinische Behandlung mehr leisten können, [2] wenn sie an die Universität Freiburg kommen und hören, dass derjenige, der dies maßgeblich zu verantworten hat, im Stiftungskuratorium sitzt? Was sollen griechische Gastforscher*innen denken, die dank Schäuble ihren Job verloren haben oder verlieren werden? [3]

Wir sind uns bewusst, dass die Universitätsstiftung selbst Teile jener neoliberalen Ideologie verkörpert, wie es insbesondere in dem unkritischen Umgang mit privaten Geldgeber*innen und der Fixierung auf die „Wettbewerbsfähigkeit“ der Universität zum Ausdruck kommt. Gleichwohl halten wir das Verhalten von Wolfgang Schäuble für derart unerträglich, dass wir Stiftungsvorstand und Kuratorium – sollten sie auch nur einen Funken demokratischen Anstand und europäischen Geist verspüren – auffordern, sich nach § 10 Abs. 2 S. 3 der Stiftungssatzung von Wolfgang Schäuble zu trennen.

#ThisIsACoup

[1] Zu den Auswirkungen des Spardiktats auf die Armut im Land siehe:

http://www.boeckler.de/2728_53364.htm

[2] Zu den Auswirkungen des Spardiktats auf das Gesundheitssystem siehe:

<http://praxis.medscapemedizin.de/artikelansicht/4903839>

[3] Zu den Auswirkungen des Spardiktats auf griechische Universitäten siehe:

<http://www.verfassungsblog.de/en/dismantle-the-university-the-state-of-exception-and-neoliberal-visions-under-greek-debt-peonage-2/#.Va5f-TUvDVM>

Begründung:

Die fatalen Auswirkungen deutscher Austeritätspolitik machen eine Positionierung der Studierendenschaft notwendig. Die Mitgliedschaft von Wolfgang Schäuble im Kuratorium der Universitätsstiftung ist ein geeigneter erster Ansatzpunkt.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).